Europa als Hoffnung – Europa als Feindbild

Zur Krise der Europäischen Union

■ WALTER LESCH

Univ.-Prof. Dr. Walter Lesch lehrt Ethik (Sozialethik und Moralphilosophie) an der Theologischen Fakultät und am Institut für Philosophie der *Université catholique de Louvain* in Louvain-la-Neuve, Belgien. Fragen der Migration und der Europapolitik gehören zu seinen Forschungsschwerpunkten.

Die folgenden teils gekürzten Beiträge von Lesch, Heinisch und Wegscheider, Komlosy und Mlinar sind bei der Herbsttagung des Katholischen Akadamiker/innenverbandes im November 2018 gehalten worden. Die ungekürzten Texte Sie auf www.quart-online.at.

Europa mit schlechtem Image

Trotz einer mehr als 70jährigen Geschichte, die sich über weite Strecken als Erfolgsgeschichte schreiben lässt, hat Europa als politische Idee bis heute mit dem schlechten Image zu kämpfen, ein Thema für festliche Anlässe und beschwörende Rhetorik zu sein. Die positiven Seiten Europas gelten als so selbstverständlich, dass sie nicht besonders hervorgehoben werden müssen. Unter den negativen Seiten gibt es viele leicht zu bedienende Klischees, die um die Absurditäten eines aufgeblasenen Verwaltungsapparats kreisen. Seit einigen Jahren hat die Kritik an Europa aber eine radikalere Stoßrichtung. Europa ist zum Feindbild politischer Bewegungen geworden, die immer mehr Resonanz finden, indem sie europäische Strukturen und Akteure dafür verantwortlich machen, dass politische Krisen nicht mehr steuerbar sind. Der Euro wird zum Sündenbock für ein verfehltes Finanzsystem. Die offenen Grenzen des Schengen-Raums werden zum Inbegriff des nationalen Kontrollverlusts in der Migrationskrise. Europäische Regulierungen in Wirtschaft, Bildung, Kultur und Sozialwesen stehen für kontraproduktive Einmischungen in Kompetenzbereiche, die von souveränen Nationalstaaten besser zu verwalten wären.

Fragliche Überlebensfähigkeit der EU

Die lautstark vorgetragene Europa-Kritik findet besonders viel Anklang in populistischen Kreisen, die mit einem aggressiven EU-Bashing bei ihrer Klientel punkten. Aus deren Perspektive ist die EU ein der Lebenswirklichkeit des Volkes entrücktes Projekt linksliberaler Eliten, die ihrem Ideal einer weltoffenen und grenzenlosen Gesellschaft huldigen und von den Sorgen der Menschen, die sie eigentlich repräsentieren sollen, nichts wissen. Die euroskeptische Haltung gehört zu den zentralen Merkmalen des Populismus-Syndroms, dessen schillernde Ausdrucksformen die politischen Kräfteverhältnisse innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten so nachhaltig verändert haben, dass Konsequenzen für die Überlebensfähigkeit der europäischen Idee nicht mehr auszuschließen sind.

Das europäische Projekt, das nach dem Zweiten Weltkrieg als eine einzigartige Friedensidee begann, die über Jahrzehnte überwiegend in Kategorien des Erfolgs und der permanenten Erweiterung gedacht wurde, hat schwere Dämpfer bekommen. Spätestens seit dem Brexit-Votum vom Juni 2016 wird offener als je zuvor über die Möglichkeit des Scheiterns eines bemerkenswerten historischen Modells gesprochen.

Regressionen sind möglich, auch wenn ein Festhalten an den Vorteilen europäischer Kooperation wünschenswert bleibt. Es gibt keine geschichtsphilosophische Zwangläufigkeit hin zu einer „immer engeren Union“, die im Vertrag von Maastricht schon als eine Kompromissformel verwendet wurde, um zwischen einer „Finalität“ der EU als einem neuen Niveau von Staatlichkeit und einer lockereren Integration zu vermitteln.

Seit dem britischen Referendum ist die Exit-Option keine bloße Fiktion mehr. Die unverhohlene Freude der europäischen Populisten findet Unterstützung durch eine amerikanische Präsidentschaft, die an einem gesamteuropäischen transatlantischen Partner kein Interesse hat, und durch eine russische Politik, der ebenfalls an einer Schwächung der EU gelegen ist.

All diese Fragen gehören in den Kompetenzbereich aktueller Analysen in den Medien und in Politik- und Sozialwissenschaften, die ja auch ihre Beiträge zur Aufklärung und Diskussion liefern. Dabei hat es sich als Irrweg herausgestellt, populistische Kritik an Europa pauschal unter den Verdacht undemokratischer Sabotage zu stellen und somit das Problem zu entsorgen. Populismus gibt es in rechten und linken Ausprägungen, in schrillen und leiseren Tönen, mit schockierenden und bedenkenswerten Provokationen. Das Nachdenken über Europa sollte deshalb auch immer dazu beitragen, sich ein differenziertes Bild von einer Tendenz zu machen, die mit moralischer Panik nicht ernsthaft zu begreifen ist.

Keine Hymne auf Europa

Die folgenden Ausführungen, die sich als die Rede eines überzeugten Europäers an die Gebildeten unter Europas Verächtern versteht, sind von den Rahmenbedingungen geprägt, die sich aus der Sichtweise christlicher Sozialethik auf europäische Wirklichkeiten ergibt. Skeptiker werden nun einwenden, dass damit schon das Ergebnis vorgezeichnet sei: eine idealisierende Hymne auf Europa, dessen Glorifizierung ganz bestimmt mit einer Verdammung des Rechtspopulismus einhergeht. Richtig ist, dass sich die christlichen Kirchen relativ früh mit den positiven Seiten der europäischen Friedensidee identifiziert haben. Das bedeutet aber gerade nicht, dass Kritik an der EU mit theologisch-ethischem Nachdruck zu tabuisieren wäre. Es ist von größerem Interesse, die Argumentationslogik zugunsten der europäischen Integration besser zu verstehen und in diesem Zusammenhang die Auseinandersetzung mit populistischen Positionen offen auszutragen. Insofern verfolgt dieser Beitrag ein doppeltes Ziel: eine Diagnose der europäischen Krise mit den Mitteln sozialethischer Reflexion und die Überprüfung populistischer Europa-Skepsis in einem Gesprächsklima, das dem fairen Austausch der Argumente nicht besonders entgegenkommt.

[…]

Enttäuschte Hoffnungen

Wegen seiner Neigung zum moralischen Überschwang ist Europa stets ein Kontinent der enttäuschten Hoffnungen geblieben. Die erhoffte Angleichung der Lebensbedingungen in West und Ost, Nord und Süd hat nicht im Eiltempo stattgefunden. Das Versprechen der „blühenden Landschaften" ist nicht nur ein Problem innerdeutscher Ernüchterung. Es prägt insgesamt ein politisches Projekt, das auf Gleichheit und Fairness zielt und doch nicht immer über die Mittel verfügt, die gewünschten Ziele auf schnellstem Weg zu erreichen. Die Koordination von nationalen Verfahren auf einer supranationalen Ebene ist mit einem Verwaltungsaufwand verbunden, der bisweilen erschreckend ist und zu verständlichen Forderungen nach Bürokratieabbau geführt hat. Im Dickicht der Direktiven, Verordnungen und Richtlinien ist ein komplexes Regelwerk entstanden, das ganze Generationen von Europarechtlern beschäftigen wird, die von der Herausbildung neuartiger Rechtsmaterien und Prozeduren schwärmen. Normale Bürgerinnen und Bürgern stehen aber eher ratlos vor solchen kafkaesken Strukturen.

Europas sich wandelnder Status in der Weltpolitik verlangt nach guten Absprachen und überzeugenden Beispielen gemeinsamen Auftretens in außenpolitischen Konfliktherden. In Wirklichkeit verfolgen einige Mitgliedsländer aber ihre eigenen Interessen im Liebäugeln mit politischen Allianzen, die der Glaubwürdigkeit der EU schaden. Die Uneinigkeit im Umgang mit dem Ukraine-Konflikt demonstriert die Schwäche Europas, ganz zu schweigen von der Abwesenheit koordinierter militärischer

■ Wegen seiner Neigung zum moralischen Überschwang ist Europa stets ein Kontinent der enttäuschten Hoffnungen geblieben.

Optionen. Der Sicherheitsaspekt ist aber eine nicht zu unterschätzende Dimension der Wahrnehmung politischer Verantwortung. Aufgeklärte Bürger sehnen sich nicht nach einem starken Staat, der sich in Dinge einmischt, die ihn nichts angehen. Sie erwarten jedoch durchaus, dass staatliche Institutionen zu einem effizienten Krisenmanagement befähigt sind, wenn es um vitale Interessen der Menschen geht.

■ Wer die Verteidigung angeblich christlicher Werte fremdenfeindlichen Rechten überlässt, wird früher oder später ins Schleudern kommen.

Europa hat offenkundige Defizite in den Bereichen von Steuerung, Transparenz und Partizipation. Es ist naheliegend, Brüsseler Bürokratie als Feindbild oder zumindest als permanente Zielscheibe der Kritik zu wählen, wie dies beispielsweise Hans Magnus Enzensberger in seinem Essay „Das sanfte Monster Brüssel" (Berlin 2011) getan hat. Dennoch gibt es auch gute Gründe für eine gar nicht zu überdimensionale Verwaltung, die sich um Transparenz und Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern bemüht. Selbstverständlich ist diese Agenda nicht beliebig. Sie beruht auf wirtschaftlichen Vorentscheidungen und gesellschaftlichen Leitbildern, die nie ausführlich diskutiert wurden. Dass unter dem Dach der EU die mittel- und osteuropäische Hälfte Europas in ein westliches, neoliberales Modell überführt wurde, war eine historische Weichenstellung. Dabei sind die gesellschaftlichen Entwicklungen im Westen und Osten immer noch durch Ungleichzeitigkeiten geprägt, wie sich am Umgang mit dem Reizthema Migration zeigt.

Unter diesen Voraussetzungen brauchen wir einen nüchternen Realitätssinn und ein Gespür die internen Spannungen eines ambitionierten Projekts, das an seinen Widersprüchen zerbrechen kann. Es ist kein Tabu mehr, von einer „Europadämmerung" zu sprechen, wie dies Ivan Krastev in seinem bedenkenswerten Buch tut. „‚Nach Europa' bedeutet nicht unbedingt, dass die Europäische Union am Ende ist, wohl aber, dass wir unsere naiven Hoffnungen und Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung Europas und der Welt begraben müssen" (Europadämmerung, Berlin 2017, S. 16).

Populistische Attacken

Durch populistische Bewegungen ist der Europa-Diskurs in einer bisher nicht gekannten Weise unter Druck geraten. Gemeinsam ist diesen über viele Länder verteilten und sich inzwischen koordinierenden Parteien die kritische Sicht auf die EU als einem Musterbeispiel für nationale Souveränitätsverluste, als einer politischen Agenda von Elite und Establishment und als einer erdrückenden Struktur mit vielen Konstruktionsfehlern, von denen der Euro als überstürztes und nicht krisensicheres Instrument nur das sichtbarste Beispiel sei. In dem Konglomerat von Attacken und Polemiken gibt es abstruse Aspekte und Punkte, die von den EU-Freunden ernsthafter hätten diskutiert werden sollen. Mit einer Diskursverweigerung auf beiden Seiten werden sich ganz bestimmt keine konstruktiven Lösungen finden lassen.

Es sollte zu denken geben, dass sich populistische Parteien europäischer Strukturen bedienen, um ihren Anliegen Gehör zu verschaffen und im Marsch durch die Institutionen, insbesondere das Europäische Parlament, andere Parteien vor sich her treiben. Die paneuropäische Kooperation rechter Bewegungen, die sich vor allem auf eine diffuse Abendland-Ideologie berufen, artikuliert sich der Ablehnung von Migranten aus anderen Kulturen, womit ein als christlich verstandenes Europa speziell gegen den Islam in Position gebracht wird.

Wegen der Ambivalenzen im christlichen Umgang mit diesen Tendenzen steht die eigentliche Bewährungsprobe für die Verteidigung eines aufgeklärten und toleranten christlichen Erbes erst noch bevor. Wer die Verteidigung angeblich christlicher Werte fremdenfeindlichen Rechten überlässt, wird früher oder später ins Schleudern kommen. Anstatt über das überall in Europa immer realer werdende Gespenst des Populismus zu lamentieren, ist es an der Zeit, über Bürgerbeteiligung und Transparenz kreativer nachzudenken und entsprechende Initiativen auf den Weg zu bringen.

Gestaltungsaufgaben: Europa weiterdenken

Was wir brauchen ist eine robustere Demokratie, in der Bürgerinnen und Bürger sich nicht einschüchtern lassen und nicht auf die Errungenschaften einer Europäisierung der Nationalstaaten verzichten wollen. Ein Nachdenken über Alternativen zu klassischen Wahlen darf nicht kategorisch ausgeschlossen werden. Wir wissen um die Grenzen repräsentativer Demokratie und machen unsere irritierenden Erfahrungen mit den europapolitischen Auswirkungen von Referenden. Eine Technokratie der Experten kann ebenfalls nicht die Lösung sein. Deshalb ist neu auszuloten, was es in den heutigen Kräfteverhältnissen in Europa bedeuten könnte, mehr Demokratie zu wagen.

Was unsere Gesprächs- und Streitkultur betrifft, so stehen wir auch erst am Anfang einer klugen und nachhaltigen Entzauberung des Populismus, dessen pauschale Verteufelung kein einziges Problem löst. Berechtigte Ängste sind ernst zu nehmen und nicht durch eine Bürgerkriegsrhetorik noch weiter anzufeuern. Viele Herausforderungen stehen ja erst noch bevor, wenn der Migrationsdruck nicht geringer wird und Europa sich auf konsensfähige Einwanderungsregeln und eine kohärente Außenpolitik verständigen muss. Wird es gelingen, ein positives Wir-Gefühl der Bewohner Europas zu entwickeln, in dem Strukturen einer offenen transnationalen Gesellschaft entstehen und in dem Solidarität unter Fremden und mit Fremden und nicht gegen Fremde wieder eine Chance hat? Wird es gelingen, die Religionen in Europas Zivilgesellschaft so zu zivilisieren, dass sie Teil von Lösungen werden und nicht immer nur als Probleme angesehen werden?

Viele Menschen sorgen sich um die Zukunftsfähigkeit einer kosmopolitisch und menschenrechtlich fundierten EU. Graswurzelbewegungen wie *Pulse of Europe* plädieren dafür, Europa erlebbar und erzählbar zu machen – nicht nur als ein Europa der Intellektuellen und der Strategen eines *master narrative*, das die Menschen verbindet. ■

■ Es sollte zu denken geben, dass sich populistische Parteien europäischer Strukturen bedienen, um ihren Anliegen Gehör zu verschaffen.

Die Populisten – Von den Rändern ins Zentrum der Macht

Zum Verhältnis des Populismus zur liberalen Demokratie

■ REINHARD HEINISCH

Reinhard Heinisch ist Universitätsprofessor für Österreichische Politik in vergleichender europäischer Perspektive an der Universität Salzburg, wo er auch als Leiter der Abteilung Politikwissenschaft fungiert.

1 Einleitung

Sei es die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die italienische Lega Nord (LN), der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán oder der amerikanische Präsident Donald Trump – sie alle verdeutlichen den Aufstieg populistischer Kräfte und den eklatanten Machtverlust der politischen Mitte in westlichen Demokratien. Trotz bedeutender Unterschiede zwischen den Populisten sind sie in ihrem emotionalen Appell an das *wahre*, aber *vergessene Volk* vereint, und befeuern dabei Wut, Furcht und Missgunst; Wut gegenüber *die da oben*, die vermeintlich *böse und korrupte Elite*, Furcht vor *den Anderen*, die nicht als zum eigenen Volk gehörend definiert werden, und Missgunst gegenüber denen, die angeblich dem einfachen Volk Schaden zufügen wollen.

Die jüngsten Erfolge populistischer Kräfte in Europa gehen oftmals einher mit einem Verfall der politischen Sitten und einer